

# Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Einzelpreis 70 Heller.  
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Druckerei u. Verlagsanstalt: Drag 11, Telčanska 16 • Tel. 20793, 31469, Nachtreddat. (ab 21 Uhr): 33535 • Postfach: 57544

12. Jahrgang.

Freitag, 8. April 1932

Nr. 84.

## Dienstzeit-Verkürzung — ein „purer Schwindel“!

### Die Rubelblätter über einen sozialdemokratischen Erfolg.

Witten in der Freude über ihre Erfolge im Bräuer Streik, die sie Schulter an Schulter mit den tschechischen und deutschen Faschisten erringen und deren Ergebnis allem menschlichen Ermessen nach schwere Schädigungen der Arbeiterschaft sein werden, zerpringen die Kommunisten vor Wut, weil die Sozialdemokratie die Dienstzeitverkürzung durchgesetzt hat. Sie wagen aber auch nicht, die Tatsache zu verschweigen, sondern sie greifen zu dem alten Mittel, zu ihrer vor nichts zurückschreckenden Furchtheit und melden zweifelslos mit Katastrophenzetteln:

### Ein neuer Betrug zur Täuschung der Massen. 14 Monate Dienstzeit.

Im Text dieses famosen Artikels schreiben die Rubelblätter:

Langen schon im letzten Weltkrieg jedes Monate zu der vollkommensten Ausbildung der Truppen, so wurden in der jetzigen Zeit noch weniger als sechs Monate genügt.

Dies zeigt, daß die ganzen Ankündigungen der bürgerlichen, aber insbesondere der sozialdemokratischen Presse, als wenn wir es hier mit einem „großen Erfolg in der Frage der Verkürzung“ zu tun hätten, nichts als purer Schwindel sind. Das Geis ist sonst nicht als ein Entgegenkommen gegenüber der Agitation der Sozialdemokraten.

Es sei wie man beim Bräuer Vergeltungsschritt mit der Forderung über die Sozialisierung der Gruben den Sozialdemokraten entgegenkommt, damit diese den Kampf abwenden können, so mit dem Geis der Unmonatigen Dienstzeit, das den Sozialdemokraten die Möglichkeit gibt, breite Schichten der Bevölkerung in politische Illusionen zu wiegen und damit der Verbedung der erhöhten Kriegsvorbereitungen der tschechischen Bourgeoisie zu dienen.

Um übrigens haben die Bourgeoisie und die Militärverwaltung in der CZM, auch in anderer Weise gehandelt, daß keine Schädigung der heiligen Kriegsvorbereitungen eintritt.

Sie führt jetzt die vorläufige Jugendverziehung, oder wie es im Prager Regierungsjargon heißt: die bürgerliche Pflichterziehung der Jugend“ ein, um sie für das Kriegshandwerk vorzubereiten.

Der pure Schwindel besteht hier wirklich nur in der Meldung, daß die vorläufige Jugendverziehung eingeführt wird, wovon einzig der Reimann-Blattlein, sonst aber niemandem etwas bekannt ist.

Die Art der Kommunisten, einen sozialdemokratischen Erfolg mit ihren Lügen und demagogischen Furchheiten zu begeiern, tritt hier wohl in selten erlebter Drahtigkeit zutage. Wir verfahren also die Militärverwaltung, um die Massen zu „betriegen“, sie in „politischen Illusionen zu wiegen“ und die erhöhten Kriegsvorbereitungen zu verbeden! Was aber haben die Kommunisten geschrieben, solange die Dienstzeitverkürzung nicht durchgesetzt war? Was würden sie schreiben, wenn wir nicht durchgedrungen wären? Folgerichtig müßten sie, da sie die 14-monatige Dienstzeit für einen Betrug und eine Gefahr halten, sich doch für die 18-monatige Dienstzeit einsetzen. Aber wehe, wenn die geblieben wäre! Dann wäre erst recht der Beweis erbracht, daß wir Betrüger sind. Und wenn die Sozialdemokratie ihre vor Monaten bereits angemeldete Forderung nach 12monatiger Dienstzeit nicht durchgesetzt haben, werden die Kommunisten finden, daß dies noch gefährlicher und ein noch größerer Betrug ist. Haben sie doch auch, als in Danemark die Sozialdemokraten die Beseitigung der Wehrpflicht und die Schaffung einer Berufsarmee vorgelegt und schrieben 1600 — sechsmonatiger — Mann forderten (was nunmehr im Stadium der Verwirklichung ist) erklärt, das sei ein Betrug, ein Schwindel und eine Vorbereitung des Krieges gegen Sowjetrußland.

So die Sozialdemokraten die Dienstzeit verkürzen oder nicht verkürzen, ganz abstrakt oder Teilerfolge erringen, bei den Kommunisten ist alles Betrug und verbedete Täuschung. Wenn wir die Armee beseitigen könnten und es täten, wären sicher die Kommunisten die ersten, die uns vorhalten würden, wir läßtten diese Bedrückung der Arbeiter. Mit dieser Rote von Demagogen ist wirklich jede Diskussion ausgeschlossen. Festzustellen, wie sie arbeiten und hegen, ist da die einzig mögliche Erwiderung.

## Abfrage Deutschlands an den Lardieuplan.

### Deutschland kann auf sein Abfragegebiet im Donauraum nicht verzichten.

Berlin, 7. April. Wie das Wolffbüro aus London meldet, hat der deutsche Staatssekretär von Bülow in der heutigen Sitzung der Delegationsführer der Viererkonferenz die deutsche Auffassung zu den zur Erörterung stehenden Problemen ausführlich dargelegt und dabei den bekanntlich französischen Vorschlag rundweg abgelehnt.

Der französische Vorschlag empfehle die wirtschaftliche Annäherung der fünf Donaufürstentümer, was darauf hinausläufe, daß die vier kleinsten Donaufürstentümer mit einem fünften Staat (der Tschechoslowakei) wirtschaftlich zusammengefaßt werden sollten, der nach den eigenen Erklärungen seines Außenministers sich nicht in einer akuten Notlage befindet und auch als Anwerbestaat nicht annähernd zur wirtschaftlichen Konsolidierung im Donauraum ausreicht. Nach der französischen These soll die wirtschaftliche Annäherung insbesondere im gegenseitigen Präferenzsystem unter den beteiligten Staaten bestehen.

Nach deutscher Uebersetzung wäre mit einem solchen Plan nicht wesentlich geholfen. Aus landwirtschaftlichem Gebiete würde er den südöstlichen Agrarstaaten so gut wie in nichts helfen, der Landwirtschaft Österreichs und der Tschechoslowakei aber erheblich schaden. Aus industriellem Gebiete freilich würde in erster Linie die Tschechoslowakei einen sehr starken Impuls erhalten.

Dies würde auf Kosten der nach Kriegsende aufgehobenen Industrien der übrigen Länder des Donauraums und auf Kosten der übrigen industriellen Präferenzen geschehen.

Die Durchführung des französischen Planes würde der deutschen Wirtschaft schweren Schaden bringen. Deutschland könne einer Verminderung seines Industrieexportes im Donauraum zugunsten der Tschechoslowakei nicht gleichgültig zusehen, wie etwa Frankreich und England. Bei dem deutschen Export nach den fünf Staaten handle es sich um über eine Milliarde Reichsmark. Nach deutscher Ansicht sei die deutsche Wirtschaftslage so, daß ein derartiges Opfer der deut-

lichen Industrie und Wirtschaft nicht zugemutet werden könne.

Demgegenüber vertritt der deutsche Vorschlag, den Kern des Handels zu erfassen. Es handle sich dabei in allen Fällen einzig um die Steigerung der Ausfuhr und die Hebung der Kaufkraft. Die Ausfuhrsteigerung sei aber nur zu erreichen durch die Öffnung der großen Absatzmärkte und nicht durch gegenseitige Niederlegung der Zollschranken innerhalb kleiner oder gleichartiger Wirtschaftgruppen. Auch eine Kombination solcher Maßnahmen, wie sie in dem französischen Plan vorgesehen sei, nämlich sowohl einseitige Präferenzen der Donaufürstentümer unter sich als auch einseitige Präferenzen der ansehenden großen Absatzmärkte an die Donaufürstentümer, sei nicht durchführbar. Denn für Deutschland würde die Gewährung einseitiger Präferenzen an die Donaufürstentümer, wie sie der französische Vorschlag vorsehe, nur dann möglich sein, wenn die Ausfuhr Deutschlands an die Donaufürstentümer nicht durch gegenseitige Präferenzen der Donaufürstentümer unter sich erwirkt oder unterbunden werde. Eine solche Unterbindung des deutschen Exports in die Donaufürstentümer hätte zur weiteren notwendigen Folge, daß der deutsche Export in die übrige Welt, insbesondere namentlich in die noch entwicklungsfähigen überseeischen Länder, abgedrängt würde. Dies aber hätte wiederum die Folge, daß Deutschland seinen Bedarf an Agrarprodukten, welchen gerade dieses überseeische Länder liefern könnten, von dort beziehen müßte, und deshalb nicht ihren Bezug aus den Donaufürstentümern erleichtern könnten.

Der deutsche Vorschlag habe dagegen nachweisbar den großen Vorteil, daß er sofort durchführbar sei.

## Bertagung der Konferenz?

### Deutschland und Italien für eine gemeinsame Konferenz mit den Donaufürstentümern.

London, 7. April. Auf der heutigen Sitzung der vier Mächte wurde ein Einvernehmen nicht erzielt, da im Verlauf der Einzelbesprechungen Probleme aufgetaucht sind, zu deren genaueren Prüfung einige der Regierungen mehr Zeit zu haben wünschen, ehe sie auf bestimmte Punkte sich endgültig festlegen können.

Die Vertreter Frankreichs und Großbritanniens sind dafür, die in der Viermächte-Konferenz erarbeiteten Vorschläge der Konferenz der Donaufürstentümer vorzutragen, während die deutschen und italienischen Vertreter es für notwendig halten, eine Vollkonferenz der neun beteiligten Staaten einzuberufen.

Die Reuter erfährt, wird die Konferenz morgen vielleicht vertagt werden, falls sich das als die zweckmäßigste Methode erweisen sollte. Die in den Besprechungen zwischen MacDonald und Lardieu am Sonntag und Montag erörterten Vorschläge sind im Verlauf der gestrigen und heutigen Sitzungen der vier Mächte-Konferenz noch nicht förmlich besprochen worden.

Halboffiziell wird hierzu aus Berlin gemeldet: Es war von Anfang an daran gezweifelt worden, daß es bereits in London zu einer konkreten Regelung des verwickelten Problems kommen kann, und alle Anzeichen deuten auch darauf hin, daß der Schwerpunkt der Konferenz notgedrungen nach Genf verlagert werden dürfte.

## Der Krieg in der Mandchurei.

Rußland, 7. April. Die japanische Militäraktion gegen die Russen in der Mandchurei wird in diesen Tagen noch verstärkt werden, da die japanischen Militärbehörden den gegen das neue Regime in der Mandchurei gerichteten Aufstand so rasch als möglich niederschlagen wollen. Bei den gestrigen Kämpfen entlang der Chichin-Poden wurden etwa 500 aufständische Chinesen getötet und etwa 3000 verlegt. Die Japaner hatten im ganzen nur geringe Verluste.

## Material für die Abrüstungskonferenz.

Washington, 7. April. Senator Frezier erfuhr den Kongress, um die Wahl eines vertraulichen Ausschusses zur Prüfung einer neuen Erfindung, durch die es möglich sein soll, auf eine Entfernung bis 1000 Meilen eine Stadt mit Artilleriebeschüssen und die bestausgerüsteten Panzerschiffe durch Explosion und Brand zu vernichten. Das Experiment mit der Erfindung soll sehr leicht sein, und es sollen einige wenige Leute dazu genügen.

## Umsatzsteuer.

Der Finanzminister hat dem Abgeordnetenhaus gestern die lange angekündigte Gesetzesvorlage über die Erhöhung der Umsatzsteuer vorgelegt. Dieser Entwurf ist genau so wie die im Herbst beschlossene Erhöhung der Einkommen- sowie der Biersteuer dazu bestimmt, dem Staat, dessen Steuereingänge infolge der Wirtschaftskrise beträchtlich zurückgegangen sind, die nötigen Mittel zur Weiterführung der Staatswirtschaft bereitzustellen.

Aus zwei Gründen hat die Arbeiterklasse im gegenwärtigen Augenblick ein Lebensinteresse am Gleichgewicht im Staatshaushalt. Sie hat einmal ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Wertes der tschechoslowakischen Währung. Wenn dem Staat nicht genügend Mittel bereitgestellt würden, bliebe nichts anderes übrig, als daß sich der Staat das Geld bei der Nationalbank (durch Herausgabe von Papiergeld) oder durch kurzfristigen Kredit bei den Geldinstituten beschaffe. Das erstere wäre eine offene, das letztere eine verdeckte Inflation, eine Entwertung der Krone. Was das aber heute bedeuten würde, liegt klar auf der Hand. Der Reallohn der Arbeiter, der so wie so tiefsteht, würde noch mehr sinken und zu dem Elend der Arbeitslosen käme noch das Elend der Arbeitenden. Keiner Klasse der Bevölkerung würde eine Inflation so schaden, wie der Arbeiterklasse. Man bedenke nur, was eine durch Inflation hervorgerufene Lohnerhöhung, sagen wir von 20 Prozent in der Zeit, da es über 600.000 Arbeitslose gibt, bedeuten würde, daß die Lebensmittelpreise, die der Arbeitslose erhält, fast zehn mal acht Kronen wert wäre und die Arbeitslosenunterstützung, die der organisierte Arbeiter ausbezahlt erhält, eine um ein Fünftel gekürzte Kaufkraft hätte. Die Vertreter der Arbeiter im Parlament müssen daher alles tun, um eine solche Katastrophe von den arbeitenden Menschen fernzuhalten.

Sie müssen es aber auch noch aus einem andern Grunde tun. Gemisse Ausgaben des Staates dürfen nicht eingeschränkt werden und das ist eben die Arbeitslosenunterstützung. Obwohl die Anzahl der Unterstützten heuer weit größer ist als vor einem Jahre, wird die Unterstützung in derselben Höhe weitergepflegt. Das muß auch weiterhin geschehen. Verlangt man das aber vom Staat — und wie verlangen es — so muß man ihm auch die Mittel bereitstellen, welche die ungehinderte Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung möglich machen.

Bereits im Herbst haben aus diesen Gründen die sozialdemokratischen Abgeordneten dem Vorschlag zur Einkommensteuer und der Biersteuer zugestimmt, was sie umso eher konnten, als diese Erhöhungen die Arbeiterschaft nicht betrafen. So ist es bei der Erhöhung der Umsatzsteuer allerdings nicht, denn die Erhöhung trifft den Arbeiter als Konsumenten. Wie so hat also eine Regierung, in der auch Sozialdemokraten sitzen, eine derartige Vorlage eingebracht.

Der erste Grund ist der, daß der Staat das Geld rasch und daß er größere Beträge braucht, die er durch die Erhöhung der Umsatzsteuer auch erhält, wodurch den oben geschilderten Gefahren in der Tat wirksam entgegengetreten werden kann. Um also eine größere Katastrophe für die Arbeiter zu vermeiden, muß das kleinere Übel ertragen werden. Man denke nur an das grauenvolle Schicksal des Proletariats Deutschlands und Österreichs zur Zeit der Inflation, wo den Menschen der Arbeitslohn in 21 Stunden buchstäblich in den Händen zerfiel und wo sie am Samstag für das Brot den doppelten Preis bezahlen mußten als am Freitag, da ihnen der Lohn eingehandigt wurde. Solche Zustände von der Arbeiterklasse mit aller Energie fernzuhalten ist unsere Pflicht.

## Österreich fordert Vorzugsbehandlung.

London, 7. April. Die „Times“ meldet, hat der österreichische Gesandte gestern namens seiner Regierung MacDonald als dem Vorsitzenden der Viermächtekonferenz eine Denkschrift zugestellt, worin Österreich um Vorzugsbehandlung seiner industriellen Ausfuhr durch seine Kaufkraft und die anderen europäischen Staat ersucht.









